

Erscheint  
wöchentlich dreimal:  
Dienstag, Donnerstag  
und Samstag.

Alle Postämter nehmen  
Bestellungen darauf an.

# Volksblatt

für  
Stadt und Land.

Vierteljährlicher Preis:  
in der Expedition zu Pa-  
derborn 10 Sgr.; für Aus-  
wärtige portofrei  
12 1/2 Sgr.

Insertionsgebühren  
für die Zeile 1 Silberggr.

N<sup>o</sup> 105.

Paderborn, 1. September

1849.

## Uebersicht.

Bericht der Regierung über den gegenwärtigen Stand der deutschen Frage. (Schluß.)

Deutschland. Berlin (Großfürst Michael †; Reglement für Annahme der Posteleven; Goethe's Geburtstag; v. Nothschilb; Landrath v. Selchow); Dresden (der Haushaltsplan); Hamburg (General-Versammlung des Vereins für Handelsfreiheit); Frankfurt (provisorische Centralgewalt für Deutschland; der Reichsverweser; Avancements in der Reichsmarine); Mainz (Cholera u.); Deutz (Graf v. Fürstenberg-Stammheim); Aachen (die Herzogin v. Orleans); Mannheim (Todesurtheile vollzogen); Karlsruhe (Heeresbefehl); Wien (die Uebergabe Venedigs).

Ungarn. (Nachrichten vom Kriegsschauplatz.)

England. London (Graf v. Neuilly; gute Nachricht aus Irland).

Rußland. Warschau (Großfürsten Thronfolge in Constantin).

Italien. (Telegraphische Depesche); Neapel (Große Sympathie für die Regierung Sr. Heiligkeit). — Vermischtes.

## Bericht der Regierung über den gegenwärtigen Stand der deutschen Frage.

(Schluß.)

Von diesen Vorderjahren ist die Regierung ausgegangen. Der von ihr der Nation gebotene Verfassungs-Entwurf wendet sich allerdings gegen mehrere von der Frankfurter Versammlung aufgestellte Normen, sie verwirft den Einheitsstaat, den Zwang zur Annahme, die demokratischen Konzeptionen. Heftige Widersprüche haben sich von entgegengesetzten Seiten erhoben, so daß sie paarweise zusammengestellt, sich gegenseitig aufheben. Die Einen sagen, dieser Entwurf vernichtet Preußen zu Gunsten der andern Staaten, die Andern behaupten, er vernichtet die andern Staaten zu Gunsten Preußens; die Einen finden das Fürstenkollegium durch den Reichsvorstand paralytisch, die Andern den Reichsvorstand durch das Fürstenkollegium; die Einen finden zu großen die Andern zu geringen Raum für das demokratische Element. Gehässigkeit und Unverständnis haben sich nicht gescheut, das Widersprechendste zu behaupten.

Die Aktenstücke liegen Ihnen vor; gestatten Sie mir nur noch einige Bemerkungen.

Die Regierung, in dem sie den Weg der freien Vereinbarung betrat, hat sich die großen Schwierigkeiten desselben nicht verhehlt. Hätte es nicht die heilige Pflicht gegen Deutschland geboten, sie hätte sich nicht dieser mühseligen und undankbaren Aufgabe unterzogen. Sie würde es dem Laufe der Zeit überlassen haben, die Verblendung zu brechen, die ihr überall entgegengetreten ist. Preußen würde der letzte deutsche Staat sein, der hierdurch dem Untergange zugeführt würde. (Bravo.)

Eine Betrachtung besonders drängte sich dabei der Regierung auf. Soll das bisherige ganze Deutschland, das Deutschland von der Elbe bis zu den Julischen Alpen, von der Eifel bis zu Rom zerrissen werden? Und zwar dies gerade in einem Augenblicke wo es mehr als je nach einer neuen inneren Kräftigung ringt? Die Regierung hat sich die unermessliche Bedeutung einer solchen Spaltung nicht verhehlt. Niemand hat dieselbe schmerzlicher empfunden, als sie selbst. Nach ihrem Willen sollte nichts verloren werden an der Gemeinschaft der bisherigen Glieder, feins sollte loser verbunden werden, als bisher. Dies war der Ausgangspunkt, das Geringste, worauf später weiter zu bauen war.

Hier kommt nun vor Allem die Stellung zu Oesterreich in Betracht. Ich werde mich darüber mit der Offenheit aussprechen, die der Gegenstand erheischt und das gute Bewußtsein der Regierung gestattet. Gewöhnlich wird hier die Oberhauptfrage als die Hauptschwierigkeit hingestellt. Dies ist ein großer Irrthum. Unsere Vorschläge sind nicht willkürliche Prämissen, sondern notwendige Folgerungen. Man wirft uns vor, wir wollten Oesterreich den Eintritt versperren. Unkenntniß und böser Wille haben

dies Thema reichlich ausgebeutet. Wenn die Stellung Oesterreichs und Preußens zu dem Bundesstaate überhaupt eine gleiche wäre, dann erst würde sich die Frage über den Vorrang in der Ober Gewalt erheben können. Aber ich frage, würde Oesterreich, man mag nun einen Turnus oder ein Direktorium einführen, oder es sogar selbst an die Spitze stellen, die Pflichten in einem Bundesstaate vollständig und aufrichtig übernehmen können? Oesterreich ist zugleich eine außerdeutsche Macht; nur Preußen steht bei einer deutschen Politik und Kriegsführung seine ganze europäische Existenz ein.

Die österreichische Regierung hat nie einen fruchtbaren Vorschlag machen können, und dies ist für sie nicht ein Vorwurf, sondern es liegt nothwendig in ihrer ganzen Stellung. Deutsch-Oesterreich ist zugleich Glied eines großen außerdeutschen Landes. Nun sind von der einen Seite die Forderungen der deutschen Einheit immer gewachsen und gleichzeitig hat Oesterreich seine sonst selbstständigen Glieder zu einem Ganzen centralisirt. Während jenes vorausgesetzt hätte, daß Oesterreich in seiner innern politischen Organisation bis zur äußersten Grenze des föderativen Prinzips gegangen wäre, hat es gerade das Gegentheil gethan. Im österreichischen Parlamente werden 1/4 Deutsche neben 3/4 Nichtdeutschen sitzen. Die Einheit Oesterreichs ist ein deutsches und ein europäisches Bedürfnis, und wir wünschen sie zum Heile Aller. Aber kann dies verjüngte Oesterreich zugleich im innigsten Verhältnisse mit einer außerösterreichischen Gewalt stehen? Seine Länder können keinem andern staatsrechtlichen Verbands angehören, als der österreichischen Monarchie.

Man zweifelt an der Durchsetzung der österreichischen Verfassung. Man verlangt, daß die deutsche Verfassung dieser Eventualität angepaßt werde. Aber mit begründetem Unwillen weist die österreichische Regierung selbst dies zurück. Niemand ist berechtigt, den großartigen Akt der Organisation, der in ihrer Verfassung vom 4. März vorliegt, einer Conjecturalpolitik zu unterwerfen. Die preussische Regierung ist auf keine Weise weder berechtigt noch verpflichtet, davon auszugehen, daß die österreichische Monarchie in dieser Form eine vorübergehende Täuschung sei. Sie kann nicht eine Verfassung für österreichische Verhältnisse einrichten, die nicht bestehen.

Man hat sich hier und da aufrichtig Mühe gegeben, neue Verfassungsformen für ganz Deutschland aufzufinden, aber es kam bald kein Bundesstaat, bald keine Möglichkeit eines Eintritts Oesterreichs dabei zu Stande. Die preussische Regierung geht von der Ansicht aus, daß es eines engeren und eines weiteren Bundesstaates bedarf. Einer ist so wesentlich, als der andere. Oesterreich muß in enge, dauernde Verbindung mit dem engeren Bundesstaate treten, und in beiden zugleich ist die Aufgabe die gleiche, Deutschland zu kräftigen.

Der weitere Bund ist möglich, entweder mit der österreichischen Gesamtmonarchie, oder nur mit Deutsch-Oesterreich. Das Erstere erschien unsrer Regierung als das allein Haltbare. Daher entwarf sie den Plan einer Union, welche Oesterreich und den engeren Bundesstaat zu denselben Zwecken vereinigt, wie die Akte von 1815. Nach Außen sollten beide Körper eine politische Einheit darstellen, ihre Selbstständigkeit im Innern aber bewahren. Was vereinigt sein kann, soll fester als je vereint, was gesondert besser gedeiht, soll geschieden werden. Einem Staatenkörper von 70 Millionen in der Mitte Europa's bietet sich eine große politische Zukunft dar; er würde die Geschicke des Welttheils bestimmen. — Die Verhandlungen sind ohne Resultat geblieben. Das kaiserliche Kabinet hat sich geweigert, darauf einzugehen.

So bleibt nur das Verhältniß zu Deutsch-Oesterreich zu ordnen. Selbstredend ist dabei die erste Voraussetzung, daß diese Länder durch die Verfassung vom 4. März nicht gehindert werden, die Pflichten der Bundesverfassung von 1815 zu erfüllen.